

E. L. Berlin, 8. März 1892.  
**Deutscher Reichstag.**

190. Sitzung vom 8. März.  
Präsident v. Loebe eröffnet die Sitzung  
um 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die  
Interpellation der Abg. v. Stauffenberg  
(freis.) und Siegle (nlt.), ob die Reichsregie-  
rung geneigt

1. die Bedingungen des amerikanischen  
Copyright-Gesetzes für dessen Anwendung auf  
deutsche Reichsangehörige zu erfüllen und dem  
Reichstage eine entsprechende Vorlage zu  
machen, und

2. den Abschluß eines Vertrags mit Oester-  
reich-Ungarn anzubahnen, insbesondere behufs  
Ausdehnung des Urheberrechts auf die ge-  
samte österreichisch-ungarische Monarchie.

Nachdem sich Staatssekretär v. Marschall  
zur Beantwortung der Interpellation bereit er-  
klärt, und der Abg. Siegle dieselbe kurz be-  
gründet, erklärt

Staatssekretär v. Marschall, die erste  
Frage sei erledigt durch die bereits dem Hause  
zugegangene Vorlage (welche als zweiter Gegen-  
stand auf der Tagesordnung steht). Was die  
zweite Frage anlangt, so könne er dieselbe be-  
ziehend beantworten. Bis jetzt hätten sich eigen-  
lich dadurch größere Schwierigkeiten noch nicht er-  
geben, daß entsprechende Verhandlungen mit Ungarn  
noch nicht beständen, sondern nur von früher her  
mit Oesterreich. Aber er gebe zu, daß es dazu  
kommen könne. Vorbereitende Arbeiten zu einer  
Regelung des Urheberrechts auch mit Ungarn  
seien bereits im Gange; es würden demnächst  
Unterhandlungen stattfinden, und er hoffe, es  
werde schon in nächster Session dem Reichstage  
eine Vorlage zugehen können, welche den laut ge-  
wordenen Wünschen entspreche.

Eine Besprechung der Interpellation findet  
nicht statt.

Zweiter Gegenstand der Tages-Ordnung ist  
das Abkommen über das Urheberrecht mit  
Amerika.

Abg. Dieckhoff (Hamburg) bemängelt einige  
entwerfungsbestimmungen und fragt, wie die Deut-  
schen es wohl anfangen sollten, den Bestimmun-  
gen des amerikanischen Gesetzes zu genügen?  
Direktor im auswärtigen Amt Dr. v. Schöner-  
berg, es handle sich hier um einen Reziprozitäts-  
Vertrag; die Deutschen müßten es ebenso  
machen wie Franzosen, Schweizer, Belgier, die  
sich den Bestimmungen des amerikanischen Ge-  
setzes anbequemen hätten. Diese Länder hätten in  
Amerika eigene Agenturen errichtet, welches Bei-  
spiel die deutschen Interessenten nachahmen  
könnten.

Das Abkommen wird sodann in 2. Be-  
rathung genehmigt.

Die Beratung des Etats pro 1892-93  
wird sodann fortgesetzt bei dem Etat des allge-  
meinen Pensionensystems.

Abg. Meißner (konf.) empfiehlt einen hierzu  
vorliegenden Antrag Graf Douglas und Gen., die  
Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs  
zu ersuchen, bezw. um eine Novelle zu den Pen-  
sionsgesetzen von 1871 und 1874, wonach das  
Recht auf den Bezug der eigentlichen Pension  
erst ruhen soll, wenn die nachstehenden Klassen  
im Reich, Staats- oder Kommunaldienst, unter  
Zurechnung der Militärpension ausschließlich der  
Pensionserhöhungen, mehr als solches Gesamt-  
dienstleistungen beziehen: Offiziere und im  
Offiziersrang stehende Militärs 6000 Mark,  
Feldwebel 1500 Mark, Sergeanten und Unter-  
offiziere 1200 Mark, Gemeine 700 Mark, Unter-  
offiziere von 12jähriger aktiver Dienstzeit 1800  
Mark. Redner bezeichnet es als Pflicht der  
Dankbarkeit, den gedienten Militärs den Bezug  
ihrer Pension bis zu jener Grenze ihres Ge-  
samtdienstleistungs unterstützt zu lassen. Wenn  
das bis jetzt noch nicht geschehen sei, so sei doch  
der Reichstag darin einig, daß das künftig der  
Fall sein müsse. Finanzlich werde die Sache für  
das Reich nicht von allzu großer Tragweite sein.  
Er erinnere daran, mit welcher Freigebigkeit  
Amerika seine ausgedienten Soldaten versorge.

Abg. v. Göttingen (Reichsp.) stellt dem  
Antrage Douglas sympathisch gegenüber. Sei  
dieses auch nicht ganz ohne Bedenken, so wolle  
er ihn doch nicht bekämpfen, denn er nehme das  
Gute, wo er es finde. Nicht ganz richtig er-  
scheine ihm an dem Antrage die Unbeweglichkeit  
des Höchstbetrags für alle Unteroffiziere mit zwölf-  
jähriger Dienstzeit, gleichwohl ob dieselbe wenig  
oder erheblich überschritten sei.

General-Lieutenant v. Spitz: Eine Novelle  
zum Pensionsgesetz sei bereits entsprechend dem  
vorjährigen Wünsche des Reichstages ausgearbei-  
tet worden. Die Vorlegung desselben schon in  
dieser Session sei aber aus unvorhergesehenen  
Schwierigkeiten gestoppt. Nicht nur auf finanzielle,  
sondern auf Schwierigkeiten, welche in Zusam-  
menhang ständen mit den Berechnungen bei an-  
deren Reforms. Die Regierungen haben aber die  
bestimmte Hoffnung, daß es möglich sein  
werde, ein entsprechendes Gesetz in nächster  
Session vorzulegen.

Abg. Pieschel (nalt.) äußert seine Beun-  
ruhigung über die Erklärung des Kommissars  
und betont namentlich die Notwendigkeit, die Frage  
der Anrechnung von Dienstjahren zu regeln. Den  
im Kommunaldienst angestellten pensionierten  
Offizieren werden nicht überall die gesamten im  
Staatsdienste verbrachten Dienstjahre ebenso un-  
verkürzt angerechnet, wie den im Staatsdienste  
Zivilangestellten. Mit Rücksicht auf  
die Erklärung des Kommissars müsse er sich auch  
gegen die Resolution aussprechen, indem diese ge-  
wissermaßen eine flüchtige Regelung der ganzen  
Frage verlange. Werde aber etwa — was freilich  
angeht die Geschäftsfrage — keinen rechten  
Zweck haben — die Resolution an eine Kommission  
verweisen, so würden er und seine Freunde na-  
türlich nichts dagegen haben.

Abg. Richter (freis.) erinnert an den im  
Vorjahre von ihm eingebrachten Antrag, welcher  
die Erhöhung der Pensionen für die Kriegs-  
invaliden bezwecke. Das wäre eine sehr einfache  
Sache gewesen, aber leider hätten die Konfere-  
enzen diesen Antrag verquält mit einem von ihnen  
selber eingebrachten Antrage, der sich auf allge-  
meine Pensions-Angelegenheiten bezog. Zätsch  
sei das sehr gut ausgedacht gewesen, aber — die  
Kriegsinvaliden hätten den Schaden davon. An-  
derserseits hätten dieselben vielleicht schon jetzt aus  
dem Invalidenfonds Zulagen erhalten, mit denen  
ihnen Angesichts der herrschenden Theuerung

sehr gedient gewesen wäre! Die Erhöhungen,  
welche die vorliegende Resolution fordere, seien  
zum Theil recht betrüblich. Die ganze  
Materie sei um deswillen eine so schwierige,  
weil auch die Zivilbehörden ein Wort mitzusprechen  
hätten. Militärpensionen hätten überhaupt einen  
ganz besonderen Charakter, denn man könne noch  
recht kräftig und arbeitskräftig sein, auch wenn  
man nicht mehr selbstthätig sei. Die Antrag-  
steller seien nicht einmal im Stande, die  
Summen anzugeben, welche ihr Antrag, bezw.  
dessen Durchführung, erheische. Wo wolle man  
das Geld dazu nehmen? Ja, wenn die Herren  
nicht gestern so viel für Kolonien bewilligt hätten,  
dann wäre vielleicht für den hier in Rede stehen-  
den Zweck Geld übrig. (Beifall.) Nach den  
Erklärungen des Kommissars wisse er überhaupt  
nicht, was die Herren noch mit ihrem Antrage  
wollten. Das einfache wäre, sie zögen ihn  
zurück. Wollte man ihn aber durchaus zur Ab-  
stimmung bringen, dann müßte man sich auch vor-  
setzen, daß die Rechte möglichst zahlreich vertreten  
sei. Es gebe Bestimmungen der Geschäftsordnung,  
die bestimmt seien, das Haus vor übereilten Be-  
schlüssen zu schützen. (Beifall.)

Staatssekretär v. Marschall betont nochmals,  
daß neben den finanziellen namentlich technische  
Schwierigkeiten bei Regelung der ganzen Materie  
beständen, so namentlich Bedenken der Zivil-  
behörden hinsichtlich Schaffung zweier Klassen von  
Beamten.

Abg. Graf Douglas (Reichsp.) befürwortet  
seinen Antrag, namentlich im Interesse der Hebung  
des Unteroffiziersstandes.

General-Lieutenant Spitz zollt dem vor-  
jährigen Antrage Richter's Anerkennung, aber wenn  
die Regierung die gesamte Pensionsfrage damit ver-  
binde, so sei das kein tatkräftiges Manöver, sondern  
nur eine ganz verständliche Däumling.

Abg. Dr. v. Richter (Reichsp.) stimmt dem  
zu, daß die Militärpensionsgesetze dringend einer  
Aenderung bedürfen. Die Resolution jedoch sei  
angesichts der Erklärung des General-Lieutenants  
von Spitz nicht aufrecht zu erhalten. Vor zu  
weit gehenden Wünschen der Interessenten sei  
jedenfalls dringend zu warnen. Richter habe  
darin Recht, daß die Kriegsinvaliden in erster  
Linie berücksichtigt werden müßten, aber diese  
Ehrenschuld könne auch getilgt werden, ohne daß  
es deshalb erforderlich sei, die für Kolonialzwecke  
geforderten und gestern bewilligten Summen zu  
verweigern.

Abg. von Mantuffel (konf.) zieht  
jetzt namens der Antragsteller die Resolution  
zurück und zwar mit Rücksicht auf die beiden  
vom Bundesratspräsidenten abgegebenen Erklärungen.

Abg. von Vollmar (Sozialdem.) hält  
eine Aenderung des Pensionsgesetzes ebenfalls  
für erforderlich. Mit Richter beizuharren auch er,  
daß die Frage der Kriegsinvaliden im Vorjahre  
nicht für sich geregelt worden, sondern mit der  
allgemeinen Pensionsfrage verquält worden sei.  
Für die Kriegsinvaliden und zwar vornehmlich  
für die unteren Chargen sei ganz und gar unzu-  
reichend gesorgt. Und gerade für diese niederen  
Chargen müsse deshalb in erster Linie etwas ge-  
schehen.

Abg. Lorenzen verlangt endliche Erledi-  
gung der Pensionen schwebig-haltender Offi-  
ziere aus den Jahren 1849 und 1850 um Pen-  
sionsgewährung. Den Betroffenen sei f. 3. die  
Gewährung von Pension von zehnjähriger Seite  
zugesagt worden. Es sei eine Ehrensache des  
Reiches, diese Schuld endlich abzutragen.

Der Etat wird darauf genehmigt.  
Bei dem Etat des Invalidenfonds  
kommt der

Abg. Singer nochmals darauf zurück, es  
müßten den Kriegsinvaliden endlich höhere Bezüge  
gewährt werden. Die Erklärungen des Kom-  
missars in der Kommission hätten, wenn General-  
Lieutenant von Spitz das auch in Abrede stelle,  
jedenfalls den Eindruck gemacht, als wenn die  
Regierung die Kriegsinvaliden als Vorwand be-  
nutze für Erhöhung höherer Pensionen auch für  
die anderen Militär-Pensionäre.

General-Lieutenant von Spitz bestrittet,  
daß seine Aeußerungen in der Kommission so auf-  
zufassen seien und von seinen heutigen Erklärungen  
abweichen.

Abg. Dr. Richter mahnt ebenfalls die Regie-  
rung, vor allen Dingen erst für die Kriegsinvaliden  
zu sorgen.

Abg. Singer hält noch an seiner obigen  
Auffassung fest, worauf der Etat genehmigt wird.  
Bei dem Etat der Reichsbank befragt

Abg. v. Strembeck (Ztr.) die Ueberlastung  
der Reichsbankbeamten.

Es folgt der Etat der Zölle und Verbrauchs-  
steuern. Hierzu liegt ein Antrag Meißner's (konf.)  
vor, die Regierung zu einer Erhöhung des Tabak-  
zoll von 85 auf 125 Mark anzuordnen.

Abg. Drömel führt Beschwerden über das  
zollbehördliche Verfahren, über unredmässige  
Handhabung des Zolltarifs und über Verschlep-  
pung von Entscheidungen in Zollstreitigkeiten. Eine  
dringende Nothwendigkeit sei es, daß diese Ent-  
scheidungen der zur Sache interessierten obersten  
Zollbehörde abgenommen und einer besonderen  
rechtsprechenden Behörde für Zollfachen übertragen  
würden. Es sei ein unhaltbarer Rechtszustand,  
daß es gegen das Ermessen der Zollbehörde keinen  
unparteiischen Gerichtshof gebe.

Staatssekretär v. Marschall legt als Ver-  
treter des Bundesrats Verwaltung dagegen ein,  
daß der Bundesrat den Zolltarif unredmässig  
handhabte. Wenn Vorredner Verschleppung der  
Entscheidung in Zollstreitigkeiten beklage, so solle  
dieselbe doch erwägen, daß zunächst die Einzel-  
staaten zu entscheiden hätten. Wenn der Bundes-  
rat in seinen Beschlüssen über Zollfragen, z. B.  
aus Anlaß von Petitionen, von den Beschlüssen  
des Reichstages abweiche, die von dem Reichs-  
tage empfohlenen Petitionen unberücksichtigt lassen  
zu müssen glaube, so handle er vollkommen un-  
erlaubt seiner verfassungsmässigen Kompetenz.  
Auf die Resolution des Hauses vom Juni 1890,  
womit die Regierung um einen Gesetzentwurf er-  
sucht worden sei, durch den die Zollstreitigkeiten  
entweder den ordentlichen Gerichten oder den  
Verwaltungsgerichten übertragen würden, habe  
der Bundesrat im Dezember 1890 beschlossen,  
— der Resolution keine Folge zu geben.

Abg. Goldschmidt (freis.) befragt diesen  
Bundesratsbescheid auf das lebhafteste. Man  
scheine im Bundesrathe wirklich wenig Verständnis  
für die Bedürfnisse des Verkehrs zu haben.  
An die Verzögerung der Tagessachen erinnere,  
bemerkte Redner noch, im Publikum herrsche nach-

gerade die Ansicht, daß in Zollfachen absolut kein  
Recht zu finden sei.

Staatssekretär v. Marschall entgegnet,  
wer so urtheile, schiene kein Verständnis für die  
Schwierigkeiten der Zollverwaltung zu haben,  
welche doch die richtige Erhebung der Zölle im  
Interesse des Reiches sichern müsse. Und was  
speziell die Tagessachen anlangt, so habe ja der  
Bundesrat die Bestimmungen über deren Ver-  
zögerung geändert, so daß diese mit den Verord-  
nungen des Bundesrats nichts zu thun hätten. (Abg.  
Goldschmidt: Geändert — ja, aber erst nach  
3 Jahren!)

Abg. v. Stumm (Reichsp.) meint, der  
Bundesrat habe viel mehr Verständnis für die  
Bedürfnisse des Verkehrs, als Herr Drömel und  
seine Freunde.

Abg. Drömel erwidert ihm, schon seit  
vielen Jahren habe die Frage der Behandlung  
der Zollstreitigkeiten das Haus beschäftigt ohne  
Unterschied der Parteien, aber noch niemals sei  
die Sache so persönlich behandelt worden, wie  
dies heute dem Abg. v. Stumm beliebt habe.  
Herr v. Stumm suche die Beratungen auf das  
Niveau des Bundesrats herabzudrücken. Der  
Staatssekretär bezeichne die unredmässige Hand-  
habung des Zolltarifs seitens des Bundesrats.  
Aber — sei denn nicht der Petroleumzoll von  
dem ganzen Reichstage verurtheilt worden, und  
habe nicht auch der Abg. v. Stumm verschiedene  
Arten der Tarifirung in dem Waaren-  
verzeichnis zum Zolltarif als durchaus unzulässig  
bezeichnet?!

Nach einer kürzeren Entgegnung des Schatz-  
sekretärs stimmt

Abg. v. Schalscha dem Abg. Drömel  
darin, daß ein unheilvoller und unerträglicher  
Zustand der Unklarheit in Bezug auf zolltarif-  
liche Rechtsfragen bestesse, vollkommen bei.

Abg. Bülling (konf.) erklärt, dem Abg. v. Stumm  
müsse er doch widersprechen. Es sei doch wohl  
unbestreitbar, daß dieses Haus und nicht zum  
wenigsten auch seine Petitions-Kommission in  
dieser langen Session außerordentlich viel Ver-  
ständnis für die ihr gestellten Aufgaben bewiesen  
habe. (Beifall.) Um Uebigen erkläre er na-  
mens seiner Freunde noch, daß dieselben ja schon  
vor zwei Jahren für den Drömel'schen Antrag,  
den ordentlichen oder Verwaltungsrechtsweg in  
Zollstreitigkeiten betreffend, gestimmt haben.

Nachdem Johann Abg. Meißner seinen An-  
trag empfohlen, verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.  
Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen  
Berathung. Ferner Telegraphengesetz.

Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 8. März.  
**Preussischer Landtag.**

Abgeordnetenhause.

27. Sitzung vom 8. März.

Die Sitzung wird um 11 Uhr eröffnet.

Die Beratung des Antrags wird fort-  
gesetzt mit Kapitel 117 „Provinzial-Schulcolle-  
gien“.

Die Tit. 2-7 werden bewilligt, die Beratung  
des Tit. 1 „Verordnungen“ wird ausgesetzt  
bis zur Beratung des Kap. 120 Tit. 5: „Zur  
Durchführung des Normal-Verordnungs-  
Gesetzes“.

Kap. 118 „Prüfungs-Kommissionen“ wird  
bewilligt.

Bei Kap. 119 „Universitäten“ hält  
Abg. Dr. Friedberg (nalt.) es für not-  
wendig, daß die Zweckbestimmung der Stiftungs-  
fonds nur mit Genehmigung des Landtages einer  
Aenderung unterworfen werde und bestärkt  
dass die Gewährung von Alterszulagen an die  
Professoren.

Abg. v. Meier (Arnsvalde, wilskonf.)  
verweist auf eine Mittheilung in den Zeitungen,  
wonach die Wonnestudenten sich geweigert ha-  
ben sollten, nach dem 3. März und vor dem 25.  
April ins Kolleg zu kommen und bezeichnet ein  
solches Verhalten, wenn es wahr sein sollte, als  
einen Verstoß gegen die Anstandsregeln.

Kultusminister Graf Zedlitz erwidert, daß  
ihm davon nichts bekannt sei und er darüber erst  
Bericht einfordern werde. Ueber eine Verneig-  
ung der Ferienordnung für die Universitäten  
schwebten Verhandlungen.

Abg. Dr. v. Richter (lib.) befürwortet  
die Anstellung eines besonderen Beamten für  
die zoologische Abtheilung des naturhistorischen  
Museums.

Geh. Rath Althoff sagt Erwägung dieser  
Anregung zu.

Abg. v. Cohnen (nalt.) bemängelt die ge-  
ringen Zuwendungen für die medizinischen Fa-  
kultäten an den Universitäten und verweist als-  
dann darauf, daß die Stadt Paris es als eine  
Ehrenpflicht betrachtet habe, sehr erhebliche Sum-  
men für den Neubau des Universitätsgebäudes  
zu bewilligen. Diese Ehrenpflicht erkennen auch  
verschiedene deutsche Städte, z. B. Straßburg,  
Breslau u. a. m. Nur die Stadt Berlin, die nächste  
Stadt der Monarchie gebe für diese Zwecke gar  
nichts und hoffe er, daß es nur dieser Un-  
regung bedürfe, um die Stadt zu veranlassen,  
zum Neubau der Gebäude für die medizinische  
Fakultät Mittel zu gewähren, um die schlechten  
Zustände in dieser Beziehung zu beseitigen.

Abg. Dr. v. Langerhans (freis.) verweist  
dem gegenüber darauf, daß in dem französischen  
Staatshaushaltstaat alljährlich große Summen  
für die Stadt Paris ausbezahlt seien und be-  
tont alsdann, welche erheblichen Aufwendungen  
die Stadt Berlin für den Bau von Krankenhäusern  
darüber aus, daß im Etat keine Forderung  
für das pathologische Institut angeworfen sei,  
obwohl wir die bedeutendste und schönste patho-  
logisch-anatomische Sammlung der ganzen Welt  
besäßen, die in Kellern und auf Böden unter-  
gebracht sei, wo sie Niemand sehen könne.

Geh. Rath Althoff erklärt, daß bezüglich  
der Einrichtung der Alterszulagen für Professoren  
Verhandlungen mit dem Finanzminister eingelei-  
tet seien. Was die Bemerkung des Abg. von  
Cohnen anbelange, so könne er nur wünschen,  
daß dieselbe bei der Verwaltung der Stadt Berlin  
sympathische Aufnahme finden möge. Die Frage  
wegen besserer Unterbringung des pathologischen  
Instituts hänge von andern Fragen, z. B. von  
der Frage des Neubaus der Charité ab; sei  
diese Frage gelöst, so würde die erste Sorge der  
Regierung die sein, würdige Räume für die pa-  
thologische Sammlung, der schönsten der Welt, zu  
schaffen.

Abg. Dr. Meyer (freis.) bittet, die  
Anforderungen an die Stadt Berlin nicht durch  
den Mund des Herrn v. Cohnen laut zu geben.  
Die Regierung möge vielmehr ihre Forderungen  
stellen, die alsdann sorgfältig erwogen werden  
würden. Im Uebrigen könne er erklären, daß die  
Stadt Berlin sehr geneigt sei, ihre Krankenhäuser  
für den Universitätsunterricht dienlich zu machen,  
auch sei sie bereit, für derartige Zwecke Mittel  
zu bewilligen, nur wolle sie die von ihr ge-  
troffenen Einrichtungen auch selbst verwalten.

Abg. Dr. Selig (freis.) befragt sich über  
die mangelhaften Einrichtungen des hiesigen botani-  
schen Gartens.

Abg. Dr. Kropatschek (konf.) erwidert  
dem Abg. Dr. Meyer, daß in Frankreich nicht  
blos Paris, sondern auch andere kleinere Städte  
sehr erhebliche Beiträge zur Unterhaltung der  
Universitäten leisten. Dr. Meyer treffe somit  
nicht den Kern der von Cohnen angeregten Frage.  
Berlin habe von der Charité wesentliche Vor-  
theile und es müsse deshalb die Frage aufge-  
worfen werden, ob die Stadt Berlin nicht eben-  
falls bereit sei, zur Unterhaltung der  
Universität beizutragen.

Abg. v. Cohnen (nlt.) wiederholt noch ein-  
mal seine früheren Behauptungen von der Be-  
vorzugung der Stadt Berlin und erklärt, daß es  
ihm nur darauf ankomme, die Berliner an ihre  
Verpflichtungen zu erinnern.

Abg. Dr. v. Langerhans (freis.): In  
welcher Weise solle Berlin dem Zuwendungen  
machen? Durch freiwillige Beiträge? Die  
französischen Städte leisten Beiträge, weil ihre  
armen Kranken dafür unentgeltlich in die Kran-  
kenanstalten aufgenommen würden. Berlin be-  
zähle für die Kranken an die Charité.

Kultusminister Graf Zedlitz: Die Staats-  
regierung erkenne an, daß die Charité nicht mehr  
den Anforderungen der Neuzeit an ein muster-  
gültiges Institut entspreche und daß deshalb ener-  
gisch auf eine Verbesserung hingestrebt werden  
müsse. Die Verhandlungen dazu seien eingeleitet,  
allein es kämen dabei so viele widersprechende  
Interessen in Frage, daß die Entscheidung dar-  
über nicht überhastet werden dürfe. Schon die  
Prägrange werde große finanzielle Opfer von  
vielen Millionen erfordern. Er könne versichern,  
daß die Neuordnung energisch gefördert werde.  
Ebenso verhalte es sich mit dem pathologischen  
Institut, dessen Förderung von der Entscheidung  
über die Charitéfrage abhängig sei.

Abg. v. Cohnen (Reichsp.) ist dem Abg. von  
Cohnen für seine Anregung dankbar und wünscht,  
daß dieselbe zünden möge.

Abg. Dr. v. Hermes (freis.) bezeichnet die  
gegen die Stadt Berlin gerichteten Vorwürfe für  
unbegündet. Berlin thue ihre Pflicht und werde  
sich nicht weigern, zu zahlen, wenn die Regie-  
rung ihre Anträge stelle. Berlin verlange nichts  
anderes, als was das ganze Land verlange, eine  
gerechte Behandlung, wie die Behandlung durch-  
geführt werde, daß habe das Polizeistatut ge-  
bewiesen.

Abg. Dr. Meyer verweist nochmals dar-  
auf, daß Herr von Cohnen jede Gelegenheit er-  
greife, um seiner unedlen Gesinnung gegen Ber-  
lin Ausdruck zu geben.

Abg. Graf Limburg-Stirum (konf.)  
erwidert dem Abg. Dr. Hermes, daß die Mei-  
nungen über Gerechtigkeit verschieden seien und  
daß die Majorität des Hauses gerade bei dem  
Polizeistatut glaube gerade gewesen zu sein.  
Da Berlin sich in einer guten Lage befinde,  
beweise der Umstand, daß trotz der großen Auf-  
wendungen die 100 Prozent Einkommensteuer-  
Zufuhr herabgesetzt werden können. Die  
Staatsregierung thue seiner Ansicht nach Recht,  
wenn sie die Stadt zwingt, zu den von der Re-  
gierung errichteten Instituten beizutragen.

Abg. Dr. v. Hermes: Die Herren, welche  
über die günstigen Stenoverhältnisse Berlins  
sprechen, vergessen die Viehsteuer, welche nicht  
unerheblich sei.

Die Diskussion wird geschlossen, eine Reihe  
von Titeln bewilligt.

Bei Titel 16 „für Erwerbende deutscher  
Dienst zum Zwecke späterer Verwendung in  
Westpreußen und Posen 100,000 Mark“ bittet  
Abg. v. G. Jarinski (Pole) um Ablehnung  
dieser Forderung, da dieselbe nur als eine Ab-  
mahnung gegen das Polenthum betrachtet wer-  
den könne.

Der Titel wird bewilligt.  
Kap. 120 „höhere Lehranstalten“.

Abg. Graf v. Eberfeld (nalt.) nimmt Ver-  
anlassung, bei diesem Kapitel auf die Frage der  
Reform des höheren Schulwesens näher einzu-  
gehen. Er halte das auf diesem Gebiete Erreichte  
für eine glückliche Lösung dieser Frage und spreche  
eine besondere Befriedigung über die lateinischen  
Realschulen aus. Dieser Schule sei jetzt Univer-  
sitätsberechtigung gegeben. Daß die Anhänger  
der klassischen Bildung mit der Reform nicht ein-  
verstanden seien, begreife er, die Reformer aber  
hätten keinen Grund, sich zu beklagen. Die alten  
Sprachen seien beschränkt worden mit Rücksicht  
auf die Förderung starker körperlicher Pflege  
und starker Betonung der geistlichen Pädagogie.  
Lebhafte Opposition habe das sogenannte Zwischen-  
examen hervorgerufen, namentlich bei den Pädago-  
gen. Er wäge nicht, die Examen vom pädago-  
gischen Standpunkte aus zu vertheiligen, aber zu  
verkennen sei doch nicht, daß durch diese Zwischen-  
Examen das Abiturienten-Examen wesentlich er-  
leichtert werde und daß doch auch das Zwischen-  
Examen wesentlich nur den Charakter einer etwas  
ausgedehnten Vertheilungstrage trage. Erfreulich  
sei es, daß die Reform in immer weiteren  
Freien Umfang finde und jedenfalls liegen die  
Bedingungen so, daß man nun einmal eine ehr-  
liche Probe mit der neuen Einrichtung machen  
könne. Am wenigsten erfreut seien von der Re-  
form die Anhänger der Einheitschulen, die in der  
Reform eine schwere Erschütterung ihres Prinzips  
erleben. Allein es handle sich hier eben nur um  
ein Prinzip und das praktische Leben werde er-  
geben, ob jenes berechtigt sei, oder nicht. Jeden-  
falls sei fest, daß die Einheitschulen an dem  
großen Schaben der Arbeitsüberbürdung leiden.  
Redner protestirt alsdann gegen den von einem  
Berliner Blatte erhobenen Vorwurf, den dieses  
der Schulkommission mit den Ausdrücken „Dile-  
ttantismus und Erosionismus“ ins Gesicht geschleu-  
dert habe. Zu einem solchen Vorwurfe fehle  
angefichts der klar liegenden Verhandlungen und  
Arbeiter dieser Kommission jeder Grund.

Abg. v. Schenkendorff (nalt.) führt  
aus, die Reform habe den Beweis dafür ge-  
liefert, wie berechtigt die langjährigen dahin ge-

richteten Bestrebungen gewesen seien und erken-  
ne an, daß die Staatsregierung einen großen Theil  
der ausgesprochenen Wünsche erfüllt, theils so  
vorbereitet habe, daß auf eine spätere Erfüllung  
verlassen zu hoffen sei. Auf keinem Gebiete sei  
Vorsicht zu geboten, als auf dem Gebiete des  
Schulwesens. Redner tritt dem Vorredner als-  
dann in Bezug auf die Einheitschulen entgegen  
und betont, daß die Fertigstellung dieser Reform  
für die Unterrichtsverwaltung Schwierigkeiten  
hervorgerufen habe, wie sie für diese Verwaltung  
bisher noch niemals vorgelegen hätten und  
wünschte, daß eine Beurlaubung, welche die  
Reformarbeit fördern könnte, vermieden würde.

Kultusminister Graf Zedlitz erklärt, an-  
geregelt durch eine Bemerkung des Vorredners,  
daß er den Versuch der Stadt Frankfurt a. M.  
mit der Einheitschule für einen sehr dankens-  
werthen halte, bei dem es sich um die Lösung  
einer praktischen Frage allerersten Ranges han-  
dele. Wenn der Versuch gelinge, so müsse der-  
selbe auch praktisch verwertet werden in unserm  
Schulwesen. Er werde sich auch etwa an ihn  
heranreitenden Anträgen anderer Kommunen nach  
dieser Richtung gegenüber nicht ablehnend ver-  
halten, vorausgesetzt, daß an dem betreffenden  
Orte nicht ein Experiment auf Kosten der Eltern  
gemacht werde. Die Frage, ob den Realschulen  
die gleiche Berechtigung gegeben werden solle,  
wie den Gymnasien, müsse er verneinen. Es  
könne bei den bevorstehenden Versuchen beider  
Anstalten unmöglich gleiche Ergebnisse gegeben wer-  
den, denn die Schulfrage sei weniger eine tech-  
nische, als eine soziale Frage. Das Zwischen-  
Examen, welches neu eingeführt werden sollte, sei  
von vielen Seiten mit Unrecht angegriffen wor-  
den. Wer unter höheres Schulwesen nur als  
Vorbereitung für die Universität ansehe, der habe  
entweder Recht, wenn er sich gegen das Zwi-  
schen-Examen erkläre; aber aus diesem Gesicht-  
spunkte allein sei unser höheres Schulwesen nicht  
mehr zu betrachten, es würde dies eine schwere  
Verfälschung gegen seine Schichten unserer Ge-  
sellschaft sein, die ihren spätem Beruf auf dem  
Gebiete gewerblicher Thätigkeit suchen. Nicht  
im Interesse der Einbürgerung-Fähigkeit, Vered-  
lung, sondern im Interesse der breiten Masse des  
gebildeten Mittelstandes solle das Zwischen-  
Examen eingeführt werden, diesem solle eine ab-  
geschlossene Bildung ermöglicht werden. (Auf:  
Totafall!) Er befinde sich hierbei mit her-  
vorragenden Pädagogen und Volkswirthen in  
Uebereinstimmung. Er könne sich nur dem  
Wunsche anschließen, daß man jetzt zu einer Ruhe-  
pause kommen und die Resultate der Reform  
abwarten möge. Er hoffe, daß wir einer gehei-  
lichen, aber nicht abgeschlossenen Zukunft entgegen  
gehen.

Abg. Dr. Kropatschek (konf.) be-  
mängelt namentlich das Zwischen-Examen, wenn  
er auch das im Reichstage dagegen vorgebrachte  
Bedenken, daß es dem Reichsgeetze widerspreche,  
nicht theile. Vom pädagogischen Standpunkte  
aus aber sprechen verschiedene Bedenken dagegen.  
Die schrankenlose Zulassung auch der nicht im  
Lateinischen und Griechischen Vorgebildeten zu den  
Universitäten könne ebenfalls nicht billigen.  
Redner erklärt sich gegen die Einheitschule, hat  
auch gegen Vornahme eines Versuchs damit  
nichts einzuwenden, er ist aber der Ansicht, daß  
es sehr schwer sei, hier im Abgeordnetenhause  
sich über eine durchgreifende Reform des Schul-  
wesens zu verständigen. Auch er wünsche, daß  
jetzt eine Zeit ruhigen Abwartens eintreten müsse.

Abg. Schmelzer (nalt.) ist dem Kultus-  
minister für die Vorlesung außerordentlich dankbar,  
hätte er die Pläne aufstellen lassen, so würden  
die wahrscheinlich in mancher Beziehung anders  
geworden sein, insofern hätten ihn die Erklärungen  
des Ministers vollkommen befriedigt.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Dr.  
Köhler (Ztr.) spricht Abg. Grimm-Frank-  
furt a. M. (nalt.) die Befürchtung aus, daß die  
praktischen Nachteile des Zwischen-Examens  
größer sein dürften, als man annehme, daß man  
aber die Resultate mit diesem Versuche abwarten  
müsse. Redner dankt dem Minister dafür, daß  
er der Stadt Frankfurt a. M. den Versuch mit  
der Einheitschule gestattet habe. Die Lösung  
dieser Frage könne nur herbeigeführt werden  
durch einen Versuch. Er hoffe, daß der Versuch  
zu einem günstigen Resultate führen werde.

Darauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.  
Tages-Ordnung: Fortsetzung der heutigen  
Berathung.

Schluß 4 Uhr.

### Deutschland.

□ Berlin, 8. März. Bezüglich der Dom-  
baufrage verläutet, daß eine Einigung zwischen  
Zentrum, Freikonservativen und Konservativen  
erzielt werden dürfte.

Der Kultus-Etat wird voraussichtlich das  
Abgeordnetenhause noch die ganze Woche beschäf-  
tigen. Die erste Beratung des Schulge-  
setzentwurfs in der Kommission soll bis zu den  
Ferienen beendet sein, worauf nach Ostern so-  
fort die zweite Beratung stattfinden soll.

Kaiserlicher Hofrath v. Bahlhoff beschäftigt  
ganzem Vernehmen nach seinen Haushalt unter  
gleichzeitiger Verzichtleistung auf seinen Sitz im  
Herrnhause anzulösen und nach England über-  
zusiedeln.

Kaiser Bismarck gewährt gegenwärtig der in  
Friedrichsdorf weilenden Malerin Frau Wilmar  
Parlagit mehrere Sitzungen zu einem größeren  
Porträt.

Kommerzienrath v. Schwarzkopf, der Ver-  
gründer der bekannten großen Maschinenbau-  
Anstalt gleichen Namens, ist an den Folgen  
eines Schlaganfalls plötzlich gestorben.

\*\* Die Leuchtthürme und Patentgebühren des  
Hafens von Montevideo haben unlängst eine be-  
deutende Herabsetzung erfahren. Während z. B.  
ein Dampfer von 1500 Tons an Leuchtthurm- und  
Patentgebühren bisher 322,50 Pfister zu ent-  
richten hatte, ermäßigt sich dieser Satz nach dem  
neuen Tarif auf 116,26 Pfister. Außerdem dür-  
fen sämtliche Schiffe zollfrei Lebensmittel und  
Kohlen einnehmen.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses  
für das Volkshulgesetz hat, wie berichtet, den  
Antrag der National-Liberalen, Deutsch-Freimün-  
digen und Freikonservativen auf Umarbeitung des  
dritten Abschnitts durch eine Sub



20 grains per Std	16 19 18	Deft. Summ. 112 28 0
Dollar	- -	Ru. Note 207 16 0



## Marcella Grace

von R. Mutholand.

Autorisierte Uebersetzung von Luise Koch.

65

Nachdruck verboten.

(Schluß.)

Dann wandte sie sich langsam der Thür zu und ging hinaus, ohne vor Gemüthsbeugung zu wissen was sie that. Vater Daly ergriff ihre Hand und führte sie. Herr O'Shaherty entblühte sein Haupt, gratulirte ihr herzlich und gab ihr die Versicherung, daß Frau O'Shaherty sich das Vergnügen nicht nehmen lassen werde, sich morgen in Schloß Crane von dem Besuche der Damen selbst zu überzeugen. Der Kollege Herrn O'Shaherty's sprach etwas von dem Aufsehen, welches diese Enthüllungen machen würden, und wie die ganze Grafschaft ihr Möglichstes thun würde, um sie und Herrn Kilmorey das ererbte Leid vergessen zu machen. Marcella vernahm sich mechanisch, ohne ein Wort von diesem Leben zu verstehen, und Vater Daly gab den Herren ein Zeichen, Marcella jetzt allein zu lassen. Als sie gegangen waren, begann die junge Frau, heftig zitternd:

„O Vater Daly, ist es ein Traum? Ich habe schon so oft geträumt. Sagen Sie mir nicht, daß es ein Traum ist, aus welchem ich nur Aufwachen erwachen muß.“

Er streichelte zärtlich ihre Hand.

„Nein, mein theures Kind, es ist kein Traum sondern Gottes Liebe und Gottes Barmherzigkeit. Wir haben darauf vertraut, und unser Glaube hat uns nicht zu Schanden werden lassen. Nun,

meine Liebe, Muth, Muth! Der Kummer vermochte nicht, Sie zu überwältigen, die Freude darf es nicht. Denken Sie an Bryan —“

Bei dem Klang dieses Namens erlöste ein leiser Schrei von ihren Lippen, in welchem Entzücken und Angst sich mischten, und Thränen entströmten ihren Augen.

„O lassen Sie mich weinen, es wird bald vorüber sein,“ schluchzte sie.

„Ja, weinen Sie, meine liebe Marcella, diese Thränen werden das letzte Leid aus Ihrem Herzen löschen.“

Eine halbe Stunde später befanden sie sich in Frau Kilmorey's Zimmer.

„Mutter,“ sagte Marcella an die Kranke herantretend, „unser Bryan kommt nach Hause, weißt Du's schon? Er kommt in den nächsten Tagen. Vater Daly und ich sind im Begriffe, ihm entgegen zu fahren.“

Ein wahrhaft strahlender Freudenchein verklärte Marcella's Gesicht, obgleich ihr Wesen ruhig blieb. Nur das wunderbare Licht in ihren Augen und der seltsame, vibrirende Ton ihrer Stimme ließen ahnen, daß etwas Außersordentliches geschehen sei.

Doch diese Veränderung löste sofort ihre Wirk auf die Kranke aus; mit einem Glücke des Verständnisses sah sie auf und rief:

„Er kommt? Er kommt? Ach, ja jetzt glaube ich Dir, weil Dein Gesicht und Deine Stimme es mir sagen. Du hast mich schon oft damit getröstet, dann aber strastest Deine Augen Dich sters Lügen. Kommt er schon heute Abend? O, weshalb sind wir denn nicht Alle im Jenseits?“

Der Arzt, welcher im Hintergrund stand, hörte dem Gespräche zu.

„Ich glaube, die Genesung wird sich genau so vollziehen, wie ich vorausgesehen, wenn Herr Kilmorey nach Hause kommt,“ sagte er zu Vater

Daly. „Seine Ankunft wird jedenfalls das Beste — das einzige Heilmittel sein.“

Innerhalb einer Stunde war Marcella zur Abreise nach England bereit. Wir können dort ebenso schnell eintreffen wie ein Brief,“ sagte sie, „vielleicht würde man ihm ein Telegramm gar nicht anhängen. Wir wollen keine Minute zögern.“

Vater Daly beistete sich, Marcella zu begleiten, doch er erinnerte sie daran, daß ihre Geduld noch erst würde eine Probe zu überstehen haben, eine kleine Verhandlung, welche ja nach Allem bis jetzt Ertragen leicht zu erdulden wäre, müsse jedenfalls erst stattfinden.

„Das Geseh geht nur langsamen Schritt,“ sagte er, „und herzlich werden eine Menge Formalitäten erforderlich sein, ehe der Befehl zur Freilassung des Gefangenen gegeben werden kann.“

„Dann müssen wir ihm die Freudenbotschaft durch das Schlüsselloch zuraufen,“ sprach Marcella mit einem glücklichen Lächeln. Vater Daly und Frau Kilmorey wurden von diesem ungewohnten Tone selbst amüßigt.

Es hieß außerhalb der Gefängnismauern noch eine lange Geduld entwickeln, ehe die Nachricht dem Gefangenen zu Ohren kam; doch als der Befehl zur Freilassung ausgefertigt war, wurde es Marcella gestattet, die Ueberbringerin dieser Glückseligkeit zu sein.

Kilmorey sah leidend in seiner Zelle, oder versuchte es wenigstens zu lesen, denn sein Gemüth wurde von der Furcht beunruhigt, daß sich in Distanz etwas Außergewöhnliches ereignet habe. Er wußte, daß das Fieber noch immer in jenem Bereiche nicht gänzlich erloschen war, und daß seine Frau sich der Anstreckung rückhaltlos aussetzte. Es war ihm mitgeteilt worden, daß Briefe aus Irland angekommen wären, welche man ihm jedoch nicht ausliefern konnte. Er ver-

stand allerdings nicht recht den Grund, weshalb ihm schlechte Nachrichten von Hause vorenthalten werden sollten, und dennoch bereitete ihm die Unterbrechung der Korrespondenz Sorge, und seine Einbildungskraft, welche ja Zeit und Spielraum genügend zur Verfügung hatte, malte sich allerhand Schreckbilder aus. Er legte sein Buch aus der Hand und versuchte mit den verschiedensten Vernunftgründen seine Angst zu verscheuchen, als das Geräusch des Schlüsselns in der Zellentür seine Aufmerksamkeit erregte, denn zu dieser Morgenstunde war es etwas Außergewöhnliches. Im nächsten Moment war er mit einem Auf des Erstaunens und der Freude aufgesprungen, denn Marcella stand vor ihm.

„Mein Lieb, mein trautes Lieb, wie kommst Du zu dieser außerordentlichen Zeit hierher? Welcher Vergünstigung habe ich das zu danken?“

Marcella sah so glücklich aus, ihre Augen glänzten ihre Lippen bebten vor Freude, daß er es kaum zu begreifen vermochte. Lag der Grund dieses Entzückens nur in dem unerwarteten Wiedersehen? Um wie viel größer mußte dann ihr Kummer sein. Dieser Gedanke durchzuckte ihn, während er sie in seinen Armen hielt, dann aber leuchtete ein anderer, wie ein Blitzstrahl in ihm auf — die Ueberzeugung, daß diese freudige Erregung eine tiefere Ursache habe.

„Was ist's Marcella? Du hast mir etwas zu sagen. Sprich, mein Lieb,“ bat er dringend.

„Sie versuchte zu reden, doch es war ihr nicht möglich. Jetzt, wo der Moment gekommen war, versagte ihr die Stimme. Endlich brachte sie mühsam die Worte hervor:

„Weißt Du es nicht? Kommt Du es nicht erwarten? Du bist frei!“

Diese Angelegenheit beschäftigte eine Zeit lang die Tagesblätter sämtlicher Parteien, verschiedene Artikel lenkten die Aufmerksamkeit darauf, und einige Zeitungen brachten sogar Leitartikel da-

über, welche die Frage aufgeworfen wurde, ob anonyme Briefschreiber und nun gar Kronzeugen als vollgültige Zeugen und Denuncianten gelten könnten, um in einem frischen Gerichtssaal die Verurtheilung eines sonst unbescholtenen Mannes zu erzielen. Das neuntägige Wintern erreichte sein Ende sogar noch vor der gerichtlichen Zeit. Einige Stimmen im Publikum forderten eine Entschädigung für Herrn Kilmorey, doch als dieser gefragt wurde, antwortete er, man möge solche für das nächste Opfer von Kronzeugen aufbewahren. Für diejenigen, welche mit zweifelhafter Sicherheit an des Sträflings Schuld geglaubt hatten, war diese Freisprechung keine angenehme Ueberraschung, doch sie zogen sich mit den Worten aus der Affaire: „Kein Rauch ohne Feuer.“ Auch meinten sie, daß ein Mann, welcher einmal in eine so unheilvolle Angelegenheit verwickelt gewesen, nie wieder auf der Höhe der Gesellschaft stehen könne.

Inzwischen waren Kilmorey und seine Frau nach Irland zurückgekehrt. Sie empfingen die juchzenden Beglückwünschungen ihrer Gutsangehörigen und erfreuten sich der Genesung der alten Mutter, welche in dem Momente eintrat als sie den Sohn gesund in ihre Arme schloß. Augenblicklich ist Station der Ort, an welchem die hart Geprüften ihr junges Glück genießen; doch sie begen nicht die Absicht, dem Vaterlande fern zu bleiben, denn Vater Daly trifft bereits die Vorbereitungen zu ihrer Rückkehr nach der geliebten Heimath.

**Nobseidene Bastkleider Mark 16,80** pr. Stoff zur kompl. Robe und bessere Qualitäten verp. porto u. zollfrei das Fabrik-Depot **G. Hennrich** (R. u. S. Hofliefer.). Zürich. Muster umgehend. Dopp. Briefporto nach d. Schweiz.

Stettin, den 5. März 1892.

### Bekanntmachung, betreffend das Abraupen der Obstbäume.

Gemäß der Bekanntmachung der königlichen Regierung hier vom 15. Februar 1883, Amtsblatt Seite 43, in Verbindung mit § 368 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs wird der Termin, bis zu welchem im Bezirke der Stadt Stettin in diesem Jahre das Abraupen der Obstbäume zu geschehen hat, hiermit auf den 1. April er. festgelegt.

Königliche Polizei-Direktion.

Graf Stolberg.

Ein Lehrer, evang., für alte und neue Sprache (auch Elementar-gegenstände), sucht bald unter bescheidenen Ansprüchen

### Gauslehrerstelle.

Adressen werden erbeten an **Dr. Z., Stettin, Turnerstr. 37, part. I.**

Ein kleines Handelsgeschäft mit Drehtelle ist wegen anderer Unternehmung sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen gr. Bollweberstraße 20 und 21 im Laden.

Stettin, den 4. März 1892.

### Bekanntmachung.

Die Erneuerung der hölzernen Schanbede und Nebengänge an zwei Waggereisen soll im Wege der öffentlichen Verdingung vergeben werden.

Die Bedingungen liegen im Zimmer 41 des Rathhauses zur Einsicht und Unterschrift aus und sind Angebote bis

Mittwoch, den 16. März er., Vorm. 10 Uhr, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, dort postfrei einzusenden.

Der Magistrat, Tiefbau-Deputation.

### An den Gastwirthsstand Stettins zur gest. Kenntniss.

Nachdem durch Beschluß vom 8. Februar 1892 die Kantentafel „des Deutschen Stellensbundes“ in Stettin, aufgelöst worden ist, geben wir den Herren Prinzipalen hiervon Kenntniss, um Zerthümern und Fälschungen vorzubeugen!

Gleichzeitig machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnements in Krankenhäusern für Angestellte des Gastwirthsstandes in seinem Falle dem Krankentassenfuss vom 15. Juni 1883 entsprechen, daher für die Herren Prinzipale vollständig zwecklos und ungenügend sind! (Krankentassenbureau Hofgarten 62 63).

Stettin, den 1. März 1892.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse Nr. V. Der Vorsitzende. **Opitz.**

## 17. Stettiner Pferde-Lotterie.

Ziehung am 17. Mai 1892.

Hauptgewinne:

- |                                          |                                   |
|------------------------------------------|-----------------------------------|
| 1 eleg. Jagdwagen m. 4 Pferden.          | 1 eleg. Halbwagen mit 1 Pferd.    |
| 1 eleg. Kutschsch-Phaeton mit 4 Pferden. | 1 eleg. Herrenphaeton m. 1 Pferd. |
| 1 Landauer mit 2 Pferden.                | 1 eleg. Amplein mit 1 Pferd.      |
| 1 eleg. Halbwagen mit 2 Pferden.         | 1 eleg. Dogcart mit 1 Pferd.      |
| 1 eleg. Brougham mit 1 Pferd.            | 1 eleg. Parkwagen mit 1 Pferd.    |

In Ganzen 10 Equipagen und 150 Reit- und Wagenpferde im Gesamtwerte von 150600 Mark, außerdem werthvolle Reitstättel, Zaumzeuge, Jagd- und Scheibengewehre, Lederfächer, Meise- und Jagd-Accessoiren, goldene und silberne Drei-Kaiser-Medaillen u. a. m.

**Loose à 1 Mark** sind in den Expeditionen dieses Blattes, Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3, zu haben.

### Bäckerei-Verkauf.

Mein in Colberg belegenes Grundstück, altes Geschäft, sichere Brodtstelle, Gebäude gut, ist wegen Aufgabe des Geschäfts preiswerth unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.

**A. Schenk.**

### Postschule Stettin.

Einige Anhalt Stettins, deren Schüler bis jetzt die Postgehülfen-Prüfung bestanden haben. Anm. von Schülern nur bei **Dr. Jaskowski**, Lindenstr. 26. Ein j. Mädchen wünscht Kindern Unterricht im Klavierspielen z. erh. Don. b. Näb i. d. Exp. d. Bl. Kirchpl. 3.

### Stettiner Handwerker-Verein.

Morgen, Donnerstag Abends 8 Uhr, gr. Ritterstraße 7, 1.

Vortrag des Herrn Oberlehrer **Dr. Cextor.**

Freunde können theilnehmen. Der Vorstand.

### Schützen-Verein Stettiner Buchdrucker.

Samstag, den 13. März, Abends 7 Uhr,

in der Alten Liedertafel (Rohrer) **Kränzchen.**

Freunde, durch Mitglieder eingeführt, können theilnehmen. Der Vorstand.

### Zahn-Atelier

von **Joh. Kröger,** Al. Domstr. 22, I. Einsetzen künstlicher Zähne Plomben etc.

# CHOCOLAT MENIER

DIE GRÖSSTE FABRIK DER WELT — TÄGLICHER VERKAUF: 50,000 KILOS

1 Mk. 60 Pf. per Pfund — Vor Nachahmungen wird gewarnt.

Anthracite-, Cannel-, Schles. u. Engl Steinkohlen, Braunkohlen, Gaskoke, Briquettes, Prima Qualität billigster bei Be- rechnung frei Haus aus meinem Central-Kohlen-Depot. **James Stevenson.**

Bestellungen daselbst oder im Komtoir Breitestr. 34 erheben. Wiederverkäufern besondere Vorzugspreise.

## Geschäfts-Eröffnung

der Wiener Schuh- und Stiefel-Niederlage

von

# Carl Benda & Co.

Stettin, Königsthor-Passage 2.

Wir beehren uns hierdurch anzuzeigen, daß wir mit dem heutigen Tage eine **Verkaufs-Niederlage unserer Wiener Schuh- und Stiefel-Fabrikate** unter obiger Firma eröffnet haben.

Unsere preisgekrönten Schuhwaaren sind Handwerks-Erzeugnisse ersten Ranges, welche an Solidität, Eleganz und Preiswürdigkeit noch unübertroffen sind. Wir werden stets ein reichsortirtes Lager vom einfachsten bis zum elegantesten Stiefel unterhalten, wodurch wir in der Lage sind, auch dem verwöhntesten Geschmack Rechnung zu tragen. Indem wir hoffen, allseitige Anerkennung zu finden, empfehlen wir uns

Mit aller Hochachtung

## Carl Benda & Comp.



**Badeort-Hotel**  
mittl. Ranges im besten Oasebade **sofort billig**  
verkauft. **Oscar Reiser, Stettin.**

Ein Krankensahstuh! für Zimner zu vertaufen  
Burscherstr. 7, 1 Tr. I.

tief. z. d. hiff. Eugros Breij. i. Sedern. mußß. ii. woh.  
 leiberß. i. Stageren. Spiegelß. zc. **Julius Stenzel**,  
 tichlerm. Grabow a/D. Frankenst. 8. unterß. Grabowwerk.

Anfang 8 Uhr.  
Erster Anstich von  
hochfeinem **Bock-Bier.** Fritz Maass.

tief. z. d. hiff. Eugros Breij. i. Sedern. mußß. ii. woh.  
 leiberß. i. Stageren. Spiegelß. zc. **Julius Stenzel**,  
 tichlerm. Grabow a/D. Frankenst. 8. unterß. Grabowwerk.

Anfang 8 Uhr.  
Erster Anstich von  
hochfeinem **Bock-Bier.** Fritz Maass.